



Die Grünen glauben noch an eine Einigung.

Mietpreisbremse: Einigung vertagt

SPÖ bemängelt, dass Regierung die Mieten nicht bis 2025 einfrieren will.

Der erste Anlauf ist gescheitert, aber die grüne Chefverhandlerin Nina Tomaselli bleibt optimistisch. „Wir haben so lange um die Mietpreisbremse gekämpft, jetzt gebe ich nicht auf.“ Zwar steht die Mietpreisbremse nicht auf der Kippe, aber die Regierung möchte den Gesetzesentwurf mit einer Zweidrittelmehrheit absichern. Der Hintergedanke: Da die Mietpreisbremse einen Eingriff in bestehende Verträge bedeutet, möchte die Koalition das Gesetz in den Verfassungsrang heben, damit später Klagen gegen die neue Bestimmung keine Chance haben. Dafür benötigt die Regierung aber Stimmen der SPÖ oder der FPÖ.

Die FPÖ hat verweigert. Die erste Verhandlungsrunde mit der SPÖ verlief

ohne Erfolg. Die Roten bemängeln den 5-Prozent-Deckel als zu hoch. Sie wollen die Mieten bis Ende 2025 einfrieren – und ab dann einen Deckel von zwei Prozent. Die Mietanpassungen sollen von der Inflation entkoppelt werden.

Die Regierung schlägt einen Deckel von 5 Prozent vor, wenn die Inflation höher ist, soll der Wert über den 5 Prozent nur zur Hälfte abgebildet werden. Bei einer Inflation von 8 Prozent ergibt das eine Anhebung von 6,5 Prozent.

Wie will man sich da annähern? Tomaselli will die „Befürchtungen ausräumen“ und gewisse „Zugeständnisse machen“. Gelingt kein Kompromiss, wird das Gesetz mit einfacher Mehrheit Ende des Jahres beschlossen. IM, PM

Kreditkarte

Immer mehr Patienten müssen in Privatpraxen, weil sie keinen Termin beim Kassenmediziner bekommen. Arztrechnungen von insgesamt 680 Millionen Euro bei der Kasse eingereicht.

Das österreichische Gesundheitssystem ist selbst ein Patient. Immer mehr Menschen müssen zu Privatärzten, weil sie keinen Termin beim Kassenarzt bekommen. Im Vorjahr wurden fast drei Millionen Privatartztrechnungen bei den Kassen eingereicht. Die Kostenrückerstattung durch die Kassen deckt allerdings nur einen Bruchteil der tatsächlichen Arztkosten ab. Die Gesundheitsversorgung wird damit immer mehr zu einer Frage der finanziellen Möglichkeiten. 2022 haben die Versicherten Arztrechnungen von insgesamt 680 Millionen Euro eingereicht. Davon wurden nur 248 Millionen Euro refundiert.

Die SPÖ warnt vor einer Gesundheitskrise

Insgesamt wurden 2,878.988 Anträge auf Kostenrückerstattung eingebracht, 2020 waren es 2,356.243. Das ist ein Anstieg um 22 Prozent. Zwei der rund drei Millionen Anträge gingen an die Österreichische Gesundheitskasse, der Rest verteilte sich auf die Sozialversicherungsan-

stalt der Selbstständigen (530.306) und jene der Beamten (352.729). „Wenn immer mehr Menschen in Österreich mit der Kreditkarte statt der E-Card zum Arzt gehen, dann haben wir eine Gesundheitskrise“, sagt der SPÖ-Abgeordnete Mario Lindner, der die Zahlen mit einer parlamentarischen Anfrage erhoben hat, zur „Krone“. Die Tendenz zu immer mehr Privatärzten zeigt sich auch an anderen Daten.

Berufspflicht für Ärzte wird politisch diskutiert

Seit 2020 ist die Zahl der Wahlärzte im Bereich der Allgemeinmedizin um zehn Prozent auf 3394 gestiegen. Damit gibt es mittlerweile mehr private Hausärzte als solche mit Kassenordination (2728). Bei den Fachärzten ist die Lage noch dramatischer. Von insgesamt 13.488 Fachärzten im niedergelassenen Bereich sind bereits 9397 Wahlärzte – das sind 70 Prozent. Die SPÖ führt dieses Problem unter

EHRlich GESAGT

HERR NIMMERWURSCHT

Auch mit einem starken Transparenzgesetz wird

man nach wie vor mehr im örtlichen Wirtshaus der kleinen Gemeinde erfahren als im Internet.



PENSIONEN

Seniorenvertreter fordern Nachbesserung bei Erhöhung

Die Pensionistenvertreter sehen nach der von der Regierung beschlossenen Erhöhung der Pensionen noch mehrere offene Fragen. Weitere Gespräche forderten die Seniorenrats-Präsidenten Ingrid Korosec (Seniorenbund) und Peter Kostelka (Pensionistenverband) vor allem zu ihren unerfüll-

ten Forderungen nach einer Abgeltung der Zwischenfinanzierung, einer dauerhaften Abschaffung der Aliquotierung und einer Schutzklausel auch für das Jahr 2025. Zufrieden sind die Seniorenvertreter damit, dass mit der Erhöhung der Pensionen um 9,7 Prozent die Inflation abgegolten wird.



Fotos: www.picturedesk.com/GEORG HOCHMUTH